

Niederschrift

zur 33. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 26.07.2012	18:00- 21:10 Uhr	Korczak - Schule in den Samariteranstalten, August-Bebel-Straße 1-4, Stadt Fürstenwalde

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner ,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse ab 18:10 Uhr,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann ,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke , Klaus Hemmerling Vertretung für Herrn Klaus Runge,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ,

Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt , Ines Jeske , Jörg Knauth , Hans-Joachim Lachmann ,

Verwaltung: Erster Beigeordneter Herr Dr. Fehse, Fachbereichsleiter Bürgerdienste Herr Dr. Wetter, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz, Fachgruppenleiter Kultur und Sport Herr Diedrich

Gäste: Direktor der Samariteranstalten Pfarrer Voget, Leiterin des Altenpflegeheims Frau Dölle, Leiterin der Korczak-Schule Frau Germann, Kaufmännischer Mitarbeiter Herr Brandt, Leiter der Kulturfabrik Herr Dr. Oehler, Frau Schreiber für die MOZ

Abwesend

Sachkundige BürgerInnen

Jürgen Lüder entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr die 33. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und

Gleichstellungsfragen in den Räumlichkeiten der Korczak – Schulen in den Samariteranstalten und dankt für die Einladung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung ist erfolgt. Es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Es gibt keine Ergänzungs- und Änderungswünsche zur vorliegenden Tagesordnung.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 32. Sitzung am 07.06.2012

Die Niederschrift der 32. Sitzung am 07.06.2012 wird einstimmig bestätigt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Frau Wagner informiert über die kostenlose Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. zum Thema: Inklusive Schulen – Schulen für Alle, am 15.08.2012, um 18.00 Uhr in den Christopherus Werkstätten am Bahndamm 9 in 15517 Fürstenwalde.

In der übernächsten Sitzung ist geplant, dem Fachausschuss den Entwurf der Friedhofssatzung vorzustellen. Leider sind der zuständige Fachgruppenleiter Öffentliche Ordnung und Gewerbe und die Vorsitzende selbst zu diesem Termin urlaubsbedingt abwesend. Frau Wagner bittet daher über eine Terminverschiebung nachzudenken und wird dies am Ende der Sitzung nochmals thematisieren.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Vorstellung der Einrichtung (BE: Herr Voget)

Der **Direktor der Samariteranstalten** begrüßt die Anwesenden ganz herzlich in den Räumlichkeiten der Korczak – Schule und stellt seine Mitarbeiterinnen Frau Dölle, verantwortlich für die Altenpflegeheimen u. a. „Katarina von Bora Haus“, Frau Germann, Schulleiterin der Korczak – Schule und seinen Kaufmännischen Mitarbeiter im Vorstand, Herrn Hanke vor.

Die Samariteranstalten begehen in diesem Jahr ihren 120. Geburtstag und haben somit auch die Geschichte der Stadt miterlebt. Diese Zeitreise wird derzeit in einem Buch publiziert, das zum Ende des Jahres erhältlich sein wird.

Herr Voget gibt seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Gelegenheit sich kurz vorzustellen und einige Informationen an die Abgeordneten zu richten. So berichtet Herr **Hanke** über die Problematiken in den Altenpflegeheimen, in denen es durch die neue Gesetzgebung zu keinerlei Verbesserungen für die Pflegenden gekommen ist. Des Weiteren die Kürzungen der Lehrerstellen, die durch die Änderung des Schulgesetzes vorgenommen wurden. So sind im Bereich der Förderschule mit 150 Schülern 6 Lehrerstellen gekürzt worden und im Bereich der Fachschule eine Kürzung von 4 Lehrerstellen. Herr Hanke macht darauf aufmerksam, dass dies große Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit hat. Abschließend erläutert er beispielhaft den umfangreichen Bürokratismus in allen Bereichen der Samariteranstalten. Es wäre wünschenswert wenn dies abgebaut werden könnte und man sich mehr auf die eigentliche Arbeit konzentrieren könnte.

Frau **Dölle** schließt sich dem Gesagten von Herrn Hanke an und bestätigt, dass auch im Bereich der Altenpflege die Bürokratie (z. B. Abrechnungen der einzelnen Arbeitsschritte) immer mehr ausufert und somit weniger Zeit für eine „ordentliche“ Pflege der Alten bleibt. Die 3 Häuser sind gut ausgelastet und stehen nicht in Konkurrenz zu den anderen Altenpflegeheimen in der Stadt. Es ist ein gutes Miteinander.

Die **Schulleiterin** der anerkannten beruflichen Schule für Sozialwesen stellt die vier Ausbildungsrichtungen des Heilerziehungspfleger, Heilpädagogen, Erziehers und Sozialarbeiters vor. In der Berufsrichtung Heilerzieher wird in diesem Jahr die 28. Klasse eröffnet. Seit 2005 werden auch wieder vermehrt Erzieher ausgebildet. Frau Germann erwähnt lobend die guten Rahmenbedingungen die nach Umbau und Sanierung geschaffen wurden und nun den Schülern und Lehrern zu Gute kommen.

Anschließend weist die Schulleiterin auf zwei Veranstaltungen der Korczak – Schule hin:

Schuljahreseröffnungsfest am 10.08.2012 rund um den Dom

Fachtag – Heilerziehungspflege und Heilpädagogik am 25.10.2012 in den Räumlichkeiten der Schule

Abschließend ergänzt Herr **Voget**, dass in dem kommenden Schuljahr 285 Studierende ihre Ausbildung an der berufsbildenden Schule beginnen können.

Insgesamt verfügen die Samariteranstalten über 700 Mitarbeiter, die ca. 1.400 Personen betreuen. Lobend erwähnt der Direktor, dass die mittelgroße Einrichtung inmitten der Stadt stets von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert wurde und es noch nie zu großen Problemen oder Klagen seitens der Bewohner gekommen ist.

Zum Abschluss erwähnt Herr Voget lobend den diesjährigen Neujahrsempfang der erstmalig in den Samariteranstalten stattgefunden hat und wünscht sich weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit der Stadt.

Auf Anfrage der Abgeordneten **Fiedler** erläutert Frau **Germann** nochmals wie die Kürzung der Lehrerstellen zustande kam und welche Auswirkungen das auf den Unterricht für Lehrer und Schüler hat.

Herr **Petenati** geht auf die Historie der Samariteranstalten ein und wie sich die Einrichtung positiv gegenüber der Öffentlichkeit entwickelt hat.

TOP 6.2 Auswertung 19. Fürstenwalder Frühlingsfest (BE: Herr Diedrich)

Der **Fachgruppenleiter Kultur und Sport** wertet das 19. Fürstenwalder Frühlingsfest (FFF) „Europa feiert mit“ Gastland 2012 Spanien, dass vom 25.05.2012 bis 27.05.2012 stattfand, aus.

Abweichend von den Vorjahren wurde das Fest mit neuer Konstellation (ohne Agenturen, neue technische Leitung), gemeinsam mit Dr. Oehler, der Verantwortung für die künstlerische Leitung trägt, geplant, organisiert und durchgeführt. Auf Wunsch des politischen Raums wurde bereits im vorigen Jahr eine Unterarbeitsgruppe (UAG) zum FFF gegründet, die ebenfalls neue Impulse eingebracht hat.

Das Fest begann am Freitagabend familienorientiert mit dem Themenprogramm zum Gastland

Spanien - „Spanisch-lateinamerikanische-Nacht“. Insgesamt war dies ein gelungener Abend, der noch besser hätte besucht sein können, das offensichtlich auf die Terminüberschneidungen mit dem Pfingstfest zurückzuführen war.

Der Samstag stand unter dem Motto „Antennetag“. Der Hörfunk-Medienpartner Antenne Brandenburg (RBB) begleitete ganztägig das Bühnenprogramm und übernahm ab 20.00 Uhr die weitere Programmgestaltung. Ergänzend konnte festgestellt werden, dass die am Nachmittag präsentierte Klassik Open air von den Besuchern gut angenommen wurde.

Am Sonntag präsentierten sich im Wechsel der beiden Bühnen Fürstenwalder Berufs- und Laienkünstler, wobei sich die geplante Zeitschiene in Verzögerung geriet.

Besonders lobenswert erwähnt Herr Diedrich die Organisation und Durchführung des Kinderfestes unterhalb des Domplatzes und dankt allen daran beteiligten Akteuren.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Thematik Gastland Spanien 2012 innerhalb des Gesamtkonzeptes umgesetzt werden konnte und dass die längerfristige Vorbereitung (3/4 Jahr) des Festprogramms sich für die Kooperation mit Künstlern und Kooperationspartnern als günstig erwiesen hat. Die diesjährige Werbung für das Fest war jedoch unzureichend und bedarf für die Zukunft einer besseren Regelung.

Die in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen werden nun bei der Planung zukünftiger Stadtfeste Berücksichtigung finden. Über folgende Gestaltungsschwerpunkte sollte dringend nachgedacht werden:

- das Programm am Sonntag sollte generationsübergreifend (zugeschnitten auf unterschiedliche Interessengruppen) sein, nicht auf den ganzen Tag ausgeweitet und auf mehreren kleineren Bühnen präsentiert werden,
- umfangreichere Einbeziehung von Vereinen, Initiativen, Kirchen, Handel und Gewerbe aus der Region bei der Vorbereitung und Gestaltung der Feste,
- bisher Centralcatering, hier sollten die Potentiale in der Stadt genutzt werden,
- Festumzug mit Feuerwerk zu Jubiläumstagen.

Herr Diedrich teilt mit, dass eine finanzielle Auswertung der FFF frühestens im September/Oktober möglich sein wird, da noch einige Rechnungen offen sind. Durch den Rückgang der Besucherzahlen kam es auch zu geringeren Einnahmen beim Catering. Außer den treuen Sponsoren wie die Eon.edis und die Sparkasse sowie die vielen kleinen Sponsoren, haben einige Unternehmen vom Sponsoring zum FFF Abstand genommen und somit sind auch hier die Einnahmen zurückgegangen. Aus diesem Grund wurde und wird ständig darauf geachtet, dass die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen.

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde angefragt, in welcher Höhe die Kosten für das FFF 2013 kalkuliert worden sind worauf Herr Diedrich zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aussagen treffen kann, da noch einige Beratungen anberaumt sind, die für die Kalkulation erheblich sind. Er bittet um Geduld und wird die Abgeordneten nach Kenntnis zeitnah informieren.

Auf Anfrage von Frau **Wagner** zur Höhe der Sponsorengelder, gibt Herr **Diedrich** die kalkulierte Summe von 42.000 € an, von denen bisher 35.200 € erworben werden konnten.

TOP 6.3 Vorstellung des neuen Konzeptes zum Fürstenwalder Frühlingsfest (BE: Dr. Oehler)

Ergebnisse der vergangenen Stadtfeste und Diskussionsangebote der AG Frühlingsfest, insbesondere für die Konzeption des 20. Frühlingsfestes 2013 wurden von **Dr. Oehler** präsentiert und als Anlage für die Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Auf Anfrage der Abgeordneten **Fiedler** teilt Frau **Wagner** mit, dass sich die UAG FFF im Ergebnis der Auswertung des vergangenen Frühlingsfestes geeinigt hat, das bisher immer am letzten Wochenen-

de im Mai stattfindende Fest generell auf das erste Wochenende im Juni zu verschieben, d. h. vom 31.05.2013 bis 02.06.2012.

Auf Bitte der **Vorsitzenden** stimmen die Abgeordneten über das vorliegende Konzept zum 20. FFF ab. Im Ergebnis werden Dr. Oehler und Herr Diedrich beauftragt die Konzeption in die Praxis umzusetzen.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.4 Neugestaltung Friedhofs- und Bestattungswesen

Die **Vorsitzende** erinnert an die Ausschusssitzung vom 27.10.2011, in der über die Thematik Friedhof im Zeitalter des Demographischen Wandels und die Möglichkeiten alternativer Bestattungsformen auf den Friedhöfen in unserer Stadt anzubieten, ausreichend diskutiert wurde. Um diese Thematik abzuschließen, hat die SPD Fraktion einen entsprechenden Antrag formuliert, um heute ein Votum zu erzielen.

Der **Fachbereichsleiter Bürgerdienste** berichtet über die diesjährige Eröffnung der halbanonymen Urnenwiese auf dem Hauptfriedhof der Stadt, die für anonyme und namentliche Bestattungen gut angenommen wird. In der Diskussion zur Bestattungskultur waren die Abgeordneten aufgefordert Ihre Gedanken, Vorstellungen und Anregungen an die Verwaltung heranzutragen. Derzeit wird die Friedhofssatzung überarbeitet. Die zuständige Fachgruppe ist bemüht die von ihnen eingegangenen Vorschläge wie die Aufstellung von Kolumbarien, Stelenfelder, Rasenkreuze u. a. zu berücksichtigen. Der Entwurf der Satzung wird den Abgeordneten voraussichtlich in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt.

Abschließend informiert Dr. Wetter die Anwesenden darüber, dass auf dem Südfriedhof ein Planungsbüro für die Sanierung der Feierhalle tätig geworden ist und die Arbeiten nach Informationen durch den zuständigen FB 4 bald aufgenommen werden sollen.

Ergänzend fügt Frau **Wagner** hinzu, dass die bestehende Friedhofsmauer zur Fiesenstraße im maroden Zustand ist und erneuert werden muss. So entstand die Idee, diese als Urnenwand umzugestalten. Sehr beispielhaft dafür ist solch eine Urnenwand auf dem neuen Friedhof in der Partnerstadt Reinheim, die Frau Wagner auf Fotos zur Anschauung stellt.

(Aus technischen Gründen steht der Antrag der SPD den Abgeordneten heute nicht zur Verfügung und wird von der Vorsitzenden verlesen.)

Bezüglich des Antrages der SPD, dessen Inhalt der Auftrag an die Stadt Fürstenwalde/Spree ist, alternative Bestattungsformen wie Urnenwände, Grabstelen oder Ähnliches anzubieten und in die Friedhofssatzung der Stadt Fürstenwalde/ Spree aufzunehmen, bittet die **Vorsitzende** die Formulierung (2x) „Hauptfriedhof...“ zu verallgemeinern und durch „Friedhof ...“ zu ersetzen.

Herr **Hemmerling** fügt an, da es doch mehrere Friedhöfe in der Stadt gibt, die Mehrzahl zu nennen worauf Frau **Wagner** zustimmt und den Beschlussvorschlag im geänderten Wortlaut verliest und die Abgeordneten um Abstimmung bittet.

Zustimmung mit Änderung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 6.5 Diskussion zum Entwurf der Leistungsbeschreibung ODU

Den Abgeordneten liegt der überarbeitete Entwurf der Leistungsbeschreibung als Tischvorlage vor. Die **Vorsitzende** ordnet eine 5-minütige Lesepause an.

Im Anschluss erläutert der **Fachbereichsleiter Bürgerdienste** welche Änderungen in den ursprünglichen Entwurf der Leistungsbeschreibung ODU (Tischvorlage in der letzten Sitzung am 07.06.2012) eingearbeitet wurden. Die zunächst umfangreich behandelte Variante der Übernahme vorhandener Räumlichkeiten in der Küstriner Straße 34 nimmt jetzt nicht mehr den Platz ein, da dies bedeuten

würde, dass nur die städtischen Kosten weitergegeben würden. Ort der Leistungserbringung ist die Stadt Fürstenwalde/ Spree, da die Leistung am Ort der Obdachlosigkeit erbracht werden muss. Des Weiteren kann der Leistungsvertrag mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende des Jahres gekündigt werden. Die Leistungsbeschreibung konzentriert sich auf die reinen Pflichtaufgaben, Beseitigung der Obdachlosigkeit und Neustrukturierung der ODU.

Dr. Wetter bittet in der Diskussion besonders um Hinweise zu den notwendigen Platzzahlen und zur Art der Ausschreibung.

Wenn der Ausschuss als Fachausschuss sich heute mit dem Entwurf, oder einer nach der Diskussion ggf. veränderten Fassung mehrheitlich einverstanden erklärt, wird sich die Verwaltung über die Art der Ausschreibung (*Beschränkte*: bis € 100.000.- in den fünf Jahren möglich, *Öffentliche*: ab 100.000.- bis 200.000.- in den fünf Jahren gefordert, *Europaweite*: ab 200.000.- in den fünf Jahren zwingend) verständigen und eine entsprechende Zeitschiene erstellen. Beschließender Ausschuss für Vergaben ist der Hauptausschuss.

Vor Eröffnung der Diskussion macht Frau **Wagner** nochmals darauf aufmerksam, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Ausschreibung der ODU nicht mit dem Ziel gefasst wurde, das intakte-, soziale Netzwerk in unserer Stadt, das als gut und richtig empfunden wird, zu zerstören.

Der Abgeordnete **Sachse** fasst die Historie zum Thema Ausschreibung der Betreuung der ODU zusammen und bezieht sich auf ein Schreiben vom 06.05.2012, Stellungnahme von Herrn Politz an den LOS, die sich inhaltlich in der vorliegenden Leistungsbeschreibung widerspiegelt.

Herr **Politz** versteht nicht, wie dieses interne Schriftstück in die Hände des Abgeordneten gelangen konnte und versichert, dass die Leistungsbeschreibung nicht auf einen bestimmten Träger/ Betreiber abgestimmt wurde.

Auf Anfrage von Herrn **Gollmer** zur Ausschreibungsart, teilt Herr **Dr. Fehse** mit, dass dies vom Volumen abhängt oder die Variante der Hochrechnung der Belegungszahlen in einem festgelegten Zeitraum zum Tragen kommt. Will man möglichst viele Bewerber erreichen, ist die Europaausschreibung die passende.

Der sachkundige Bürger Herr **Lachmann** äußert nochmals seine persönliche Meinung zur Abgabe der ODU in freie Trägerschaft, worauf die Vorsitzende auf den demokratischen Beschluss des politischen Raumes in der Stadtverordnetenversammlung hinweist. Ergänzend macht Herr **Dr. Fehse** auf das Solidaritätsprinzip aufmerksam, das die Abgabe sozialer Leistung an freie Träger wünscht. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Stadt sich aus der Verantwortung ziehe und verweist auf die Präambel.

Auf Anfragen der Abgeordneten **Fiedler** teilt Herr **Politz** mit, dass die Stadt weiterhin für die Satzung der ODU zuständig ist, da z. B. die entstehenden Kosten grundsätzlich zur Kalkulation einer Gebühr herangezogen werden müssen.

Im Absatz II., Pkt. 1.10 schlägt die Abgeordnete vor nicht nur die Teuerungsrate für Energie anzuführen sondern generell die Formulierung auf Medien zu ändern, worauf Herr **Dr. Fehse** hinweist, dass eine Verallgemeinerung davon abhängig ist, ob eigene Räume zur Verfügung stehen oder angemietet werden müssen und kann somit als Ausschreibender nicht vorgegeben werden.

Herr **Hemmerling** schließt sich dem Vorschlag von Frau Fiedler an und bittet die Verwaltung nochmals den Sachverhalt zu prüfen.

Im Absatz III., vorletzter Stabstrich wird sich darüber geeinigt, die Bezeichnung „Begehung...“ zu streichen.

Die im gleichen Absatz unter Pkt. 2 aufgeführte Formulierung „im angemessenen Umfang...“ muss vom Betreiber selbst definiert und im Konzept präzisiert werden.

Zur Frage der Finanzierung erklärt Herr **Politz**, dass es keine Zuschüsse vom LOS oder der Stadt bewilligt werden, da die Stadt die Leistungen, die sie ausschreibt, bezahlen muss.

Herr **Petenati** teilt den Anwesenden mit, dass sich die Mitglieder der CDU – Fraktion mit der vorliegenden Leistungsbeschreibung einverstanden erklären und dieser ihre Zustimmung erteilen.

Das im Absatz III., Pkt. 1. erwähnte Betreiberkonzept soll den Nachweis der Fachkunde beinhalten, die aber laut Aussagen von Herrn **Politz** bei der Zuschlagserteilung nicht prozentual bewertet werden kann. Eine Differenzierung innerhalb der Fachkunde ist nicht möglich und nicht messbar. Es wird vorausgesetzt, wenn die Fachkunde vorliegt, dass diese auch eine entsprechende Qualität hat. Den Vorschlag der Abgeordneten **Fiedler** den Nachweis der Fachkunde aus den personellen Anforderungen zu streichen, kann nicht nachgekommen werden, da dies ein feststehendes Auswahlkriterium darstellt. Herr **Hemmerling** vergleicht die Betreiberkonzeption mit einer VOL im Baubereich und versichert den Anwesenden, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass der Anbieter all die Kriterien die er aufbringt tatsächlich erfüllen kann. Worauf sich Herr **Apitz** bedenklich äußert, dass es hier um Menschen geht und das fachliche Kriterium im Umgang mit den Menschen mehr Beachtung geschenkt werden sollte. Die **Vorsitzende** wünscht eine differenziertere Betrachtungsweise des Sachverhaltes, der mit einer Bauleistung nicht zu vergleichen ist. Herr **Dr. Fehse** weist darauf hin, dass hier eine Leistung nach VOL ausgeschrieben wird. Sollte sich herausstellen das eine Fachkunde sich nicht erweist, tritt das außerordentliche Kündigungsrecht (nicht an die fünf Jahre gebunden) in Kraft. Des Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass die Stadt mit der Vergabe der Leistung nicht aus der Verpflichtung zur Kontrolle ist (wie z. B. auch im Kitabereich). Ergänzend dazu fügt Herr **Politz** ein, dass das Vorhandensein der fachlichen Eignung im Vorfeld intensiv zu prüfen ist!

Die Abgeordnete **Radom** bittet die Aussage im Absatz III., Pkt. 2 „im angemessenen Umfang...“ zu definieren, worauf Herr **Politz** bestätigt, dass dies ein Kostenfaktor darstellt jedoch dem Bewerber keine Vorschriften dazu erteilt werden können. Was „angemessen“ ist ergibt sich aus dem Gesamtbetreiberkonzept und richtet sich nach der tatsächlichen Situation in der sich die Betreuenden befinden.

Herr **Sachse** möchte den Antrag stellen die Formulierung im Absatz II., Pkt.1.10, letzter Satz „alleiniges...“ durch „wichtiges...“ zu ersetzen, worauf dies von Herrn **Politz** als nicht zulässig zurückgewiesen wird, da die Kriterien festgelegt werden müssen.

Herr **Dr. Fehse** macht die Anwesenden darauf aufmerksam, dass eine Ausschreibung reines Verwaltungshandeln darstellt und die Abgeordneten nur bei der Vergabe Mitspracherecht erhalten müssen.

Da dem vorgenannten Antrag nicht Folge geleistet werden kann, bittet Herr **Sachse** den Absatz III., Pkt.1, Satz 2 wie folgt zu ändern: „ Das Betreiberkonzept hat ... zu enthalten“. Die Anwesenden nehmen den Änderungsvorschlag wohlwollend auf.

Abschließend erwähnt Frau **Wagner** lobend, dass die vorliegende Leistungsbeschreibung Verweise auf das Baurecht, Infektionsschutzgesetz und den Brandschutz beinhaltet. Nach einem lang angemeldeten Vororttermin der Mitglieder des Sozialausschusses in der Obdachlosenunterkunft, waren zahlreiche Mängel in den hygienischen Verhältnissen nicht zu übersehen. Man kann davon ausgehen, das Hygieneschutzbestimmungen bisher nicht eingehalten wurden.

In Anlehnung an den Beschluss über die Ausschreibung der ODU, hat die Verwaltung den LOS zur Übertragung von Zuständigkeiten nach § 67 ff SGB XII um Stellungnahme gebeten, dass wegen bestehenden gesetzlichen Grundlagen nicht erforderlich gewesen wäre. Nach landesweiten Recherchen haben Bedienstete bestätigt, das Leistungen nach § 67 ff SGB XII in einer ODU nicht oder nur sehr selten greifen und hier der § 3 der Kommunalordnung (Ordnungsbehördengesetz) gilt. Die Vorsitzende geht davon aus, dass dies dem Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung bekannt ist, worauf Herr **Politz** im Anschluss erklärt, dass er dies auch nie anders dargestellt hat.

Zur Nutzung des Schlafplatzes von 18:00 Uhr bis 8:00 Uhr am Folgetag bittet die **Vorsitzende** zu ergänzen, dass Familien ein kurzfristiger Aufenthalt gestattet sein soll.

Des Weiteren sollte festgelegt werden, dass sich die obdachlosen und nichtsesshaften Personen innerhalb einer Frist von drei Tagen einer ärztliche Untersuchung (Infektionskrankheiten) unterziehen müssen.

Die Umsetzung der Regelung im Absatz III., Pkt. 4 bittet Frau Wagner aus Datenschutzgründen zu überdenken.

Zum Absatz III., Pkt. 2, der Ansprechpartner der werktäglich vor Ort vorzuhalten ist, schlägt die Vorsitzende vor, eine Grundbetreuung im Rahmen der ordnungsrechtlichen Aufgabe der Stadt, abzusichern, die die weiteren Hilfeleistungen für die Betroffenen koordiniert. Herr **Politz** stellt nochmals klar, dass die Stadt Fürstenwalde/ Spree für die Unterbringung der Obdachlosen verantwortlich ist und durch das Einweisungsrecht stets den Erstkontakt mit dem Hilfesuchenden hat. Somit prüft die Stadt die inhaltliche Zuständigkeit (Einkommensverhältnisse, gibt es eine Betreuung u. a.) für Denjenigen und vermittelt, das voraussetzt, dass es weiterhin eine gemeinsame Koordinierung der Hilfeplanung durch alle Träger gibt.

Mit der Einweisungsverfügung erhält jeder Obdachlose die Auflage zur amtsärztlichen Untersuchung innerhalb von 14 Tagen. Gesetzliche Vorschriften zu diesen Fristen liegen nicht vor. Die Verwaltung wird prüfen, ob die Frist zur amtsärztlichen Untersuchung verkürzt werden kann.

Die vorgenannten Aussagen zum Desinfektionsschutz werden vom **Fachgruppenleiter** Familie, Soziales und Bildung nachdrücklich zurückgewiesen. Er erklärt, dass regelmäßige Kontrollen vom Gesundheitsamt durchgeführt und die entsprechenden Auflagen nachweislich erfüllt werden!

Der Abgeordnete **Gollmer** verweist auf die Geschäftsordnung und bittet mit der Diskussion zum Ende zu kommen.

Abschließend bittet Herr **Politz** die Abgeordneten über das in Absatz II., Pkt. 1.1, letzter Satz in Klammern gesetzte „ausnahmsweise“ zu entscheiden. Es gibt keine gesetzliche Grundlage, die den Zeitumfang des Aufenthaltes (Schlafplatz) bestimmen weder ausgeweitet auf ganztägig noch begrenzt auf einen Schlafplatz.

Im Ergebnis einer **kritischen Diskussion** angesichts Beachtung der Menschenwürde, stellt die **Vorsitzende** den bereits im Raum stehenden Antrag der Abgeordneten **Gollmer und Sachse**, auf Streichung das im Absatz II., Pkt. 1.1, letzter Satz in Klammern gesetzte „ausnahmsweise“, zur Abstimmung.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Im Anschluss bittet Frau Wagner über die Leistungsbeschreibung der ODU in Gänze abzustimmen.

Zustimmung mit Änderung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Herr **Dr. Wetter** teilt mit, dass der Landkreis seine Mitwirkung im Arbeitskreis „Schulträgerwechsel“ abgelehnt hat. Nun soll wie beschlossen der Arbeitskreis erstmalig einberufen werden. Aus diesem Grunde bittet der Fachbereichsleiter Bürgerdienste die Vertreter der Fraktionen zu benennen.

Herr **Politz** beantwortet die Anfrage der Abgeordneten Fiedler in der letzten Ausschusssitzung.

Altersdurchschnitt der Erzieherin in den städtischen Einrichtungen insgesamt: 47,3 Jahre

Hort „Wirbelwind“ 51,7 Jahre

Hort „Spreefüchse“ 52,0 Jahre

Hort „Abenteuerland“ 50,0 Jahre

Kita „Kunterbunt“ 44,4 Jahre

Kita „Bummi“ 49,5 Jahre

Kita „Nesthäkchen“ 47,2 Jahre

Kita „Parkspatzen“ 46,3 Jahre

im Vergleich dazu betrug der Altersdurchschnitt 2005: 48,6 Jahre

2008: 51,0 Jahre

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Es liegen keine Anfragen der Abgeordneten vor.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Da es keine TOP im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gibt und die Verwaltung und die Abgeordneten weder Informationen noch Anfragen haben, wird auf den nicht öffentlichen Teil verzichtet.

Über die Terminverschiebung der 35. Sitzung werden die Abgeordneten gesondert informiert.

Die Vorsitzende dankt den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit und beendet um 21.10 Uhr die heutige Sitzung.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten und hat 2 Anlagen.

Elke Wagner

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin